

Kreisstadt Bergheim Der Bürgermeister		Vorlage Nr.: 305/2026 öffentlich			
		Mitzeichnungen			
Dezernat: II FBL: Frau Friedt AbtL: Herr Schnorrenberg Verfasser/in: Frau Jäckel					
Vorgesehene Beratungsfolge					
Gremium				Datum	
Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration				11.06.2026	

TOP	Durchführung einer Klausurtagung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration Antrag des Vorsitzenden Herrn Erhan Sahin vom 17.05.2026
------------	---

Beschlussvorschlag

Entfällt

1. Zielsetzung

Die Zielsetzung ist dem beigefügten Antrag zu entnehmen.

2. Sachverhalt

1. Ein Anspruch auf Sitzungsgeld für die Teilnahme an einer Klausurtagung bzw. internen Arbeitssitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration besteht nach derzeitiger Rechtslage nicht.

Nach der Kommentierung zu §27 GO NRW wird Sitzungsgeld ausschließlich für die Teilnahme an offiziellen Sitzungen der Gremien gewährt. Interne Arbeitssitzungen, Vorbereitungssitzungen oder vergleichbare Formate fallen nicht darunter.

Da die direkt gewählten Mitglieder des Ausschusses keine Fraktion bilden, liegt zudem keine entschädigungspflichtige Fraktionssitzung vor. Auch die Teilnahme an Arbeitskreisen oder sonstigen internen Arbeitsformaten begründet keinen Anspruch auf Sitzungsgeld.

2. Für die Durchführung einer Klausurtagung bzw. internen Arbeitssitzung ist der Verwaltung seitens des Ausschusses rechtzeitig ein Terminvorschlag mitzuteilen.

Die Verwaltung prüft anschließend die Verfügbarkeit geeigneter Räumlichkeiten und übernimmt die weitere organisatorische Abstimmung.

Etwaige Wünsche hinsichtlich einer Getränkebewirtung sind der Verwaltung vorab mitzuteilen. Die Organisation erfolgt durch die Verwaltung; entstehende Kosten sind aus dem Budget des Ausschusses zu tragen.

Technische Anforderungen sind ebenfalls frühzeitig anzugeben, damit eine entsprechende Abstimmung mit der IT erfolgen kann.

3. Alternativen/Einsparpotenziale (Prüfung einer kostengünstigeren Aufgabenerledigung einschl. der Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit)

entfällt

4. Darstellung der Auswirkungen auf den Ergebnisplan, den Finanzplan und die Bilanz (lfd. Haushaltsjahr und Folgejahre, inkl. Folgekosten bei Investitionen)

entfällt

5. Darstellung der klimaschutzrelevanten Auswirkungen (ab 1. Quartal 2021)

entfällt

6. Bürgerbeteiligung

entfällt

7. Überprüfung der Zielerreichung (Messinstrumente und –zeitpunkt)

entfällt